

Rede von Willy Brandt über die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten (Washington, 2. Mai 1973)

Legende: Anlässlich eines Besuchs in den USA hält Bundeskanzler Willy Brandt am 2. Mai 1973 eine Rede vor dem National Press Club. Er betont die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zwischen Europa und den Vereinigten Staaten und plädiert für einen konstruktiven Dialog.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 04.05.1973, Nr. 49. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Ansprache vor dem National Press Club", auteur:Brandt, Willy , p. 455-456.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_die_beziehungen_zwischen_europa_und_den_vereinigten_staaten_washington_2_mai_1973-de-c2fff0da-9c68-4c12-9c7c-65c1f8474317.html

Publication date: 03/07/2013

Ansprache vor dem National Press Club Washington (2. Mai 1973)

Wie in früheren Jahren bin ich mit Vergnügen Ihrer Einladung gefolgt. Ich bin Ihnen für die Gelegenheit dankbar, vor diesem Kreis, in dem ich viele Bekannte und Freunde wiedersehe, etwas darüber zu sagen, was uns in Europa und unsere amerikanischen Freunde gegenwärtig miteinander beschäftigt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat keine schlechte Presse in diesem Land. Ich bin froh, daß man hier richtig verstand, was ich zu Hause über die Atlantische Partnerschaft gesagt habe. Ich habe ihren Rang betont, obwohl es ganz und gar nicht nötig ist, daß die Europäer und besonders die Deutschen dem mächtigen amerikanischen Verbündeten nach dem Munde reden. Es ist vielmehr durchaus natürlich, daß die Partner auf dieser und auf der anderen Seite des Atlantik zu diesen und jenen Fragen mitunter verschiedener Ansicht sind, und das auch sagen.

Meine Damen und Herren, der amerikanische Präsident und der deutsche Bundeskanzler sind sich einig, daß Europäer und Amerikaner gerade in einer Welt tief greifender Veränderungen einander brauchen. Wir brauchen einander aus Gründen der Sicherheit. Wir brauchen einander als Handels- und Wirtschaftspartner. Wir dürfen es nicht zulassen, daß Schwierigkeiten von einem Sachgebiet unnötig auf andere Gebiete hinüberwirken.

Ich mache hier gelassen eine Feststellung: Der von manchen prophezeite „Handelskrieg“ zwischen Europa und Amerika wird nicht stattfinden. Entgegen aller hartnäckigen Gerüchte hat sich der Gemeinsame Markt auch für die Vereinigten Staaten als ein Vorteil erwiesen.

Wir haben beiderseits des Atlantik überragende gemeinsame Interessen: an der Stabilisierung des Friedens, am weiteren Abbau der Spannungen ohne Gefährdung der Sicherheit, an der Ausdehnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, an der Zügelung der Gefahren und dem Ausgleich der Schwächen hochindustrialisierter Gesellschaften.

Ich sehe keinerlei Anzeichen, daß sich an der Gemeinsamkeit dieser Interessen künftig etwas ändert. Die Politik der westeuropäischen Einigung bleibt der Unterstützung durch die Vereinigten Staaten sicher. Und die Atlantische Familie hat es mit einer universellen sozialen Verantwortung zu tun.

Jede Politik — das ist eine Einsicht dieser Jahre - verändert die Gesellschaft und ist die Reaktion auf gesellschaftliche Wandlungen. Eben darum haben wir begriffen, daß das europäische Europa nicht zuletzt auch eine Sozialunion sein muß. Die wachsten Geister diesseits und jenseits des Atlantik sind aufgerufen, über die gesellschaftlichen Entwicklungen, Gefahren und Notwendigkeiten miteinander nachzudenken, in engem Austausch von Erfahrungen. Eine „Union der Köpfe“ — weder regional noch ideologisch begrenzt - könnte uns gut tun.

Wir haben es begrüßt, daß aus Washington zu hören war, 1973 solle ein „Jahr Europas“ werden, ich habe das Thema eines regelmäßigen Dialogs zwischen der westeuropäischen Gemeinschaft und Amerika in den letzten Jahren immer wieder als den Schlüssel unserer Beziehungen bezeichnet. Als Anregung zum „konstruktiven Dialog“ hat es die Pariser Konferenz der europäischen Regierungschefs im vergangenen Oktober aufgenommen — auch auf die anderen großen Industrienationen wie Japan und Kanada bezogen.

Es wird darüber eine offene Diskussion geben zwischen den Vereinigten Staaten und Europa - dargestellt durch seine Staaten und in wichtigen Bereichen bereits zusammengefasst als Gemeinschaft. Es ist gewiß zu früh, für das Ergebnis der Diskussion bereits eine feste Form finden zu wollen. Der Präsident und ich haben es nicht für notwendig gehalten, jetzt nach einem Markenzeichen oder einem Etikett zu suchen.

Der konstruktive Dialog zwischen Europa und Amerika könnte einen interessanten Höhepunkt finden, wenn der Präsident im Herbst unseren Kontinent besucht. Wir haben erwogen, für das Gespräch zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und den Staatsmännern Europas, die das wünschen, die höchstmögliche Arbeitsebene zu finden. Dazu ist — wie ich hier mitteilen kann - nach dem Besuch der NATO, deren Bedeutung nicht geringer wird, auch eine Begegnung mit der Europäischen Gemeinschaft geplant.

Inzwischen gab es - nicht zuletzt in der bekannten Rede Dr. Kissingers - auf die Anregung der europäischen Gipfelkonferenz ein deutliches Echo mit unverkennbar positiven Elementen und teilweise in der Form eines Angebots. Wir haben also begonnen, darüber zu reden, wie die Grundsätze unserer Partnerschaft fortentwickelt werden können, und zwar in einer Atlantischen Zone des Friedens und der Zusammenarbeit.

Die Bestandsaufnahme, die Präsident Nixon und ich gestern und heute unternahmen, hat gezeigt: Es gibt im europäisch-amerikanischen Verhältnis keine Probleme, die uns vor unüberwindliche Schwierigkeiten stellen würden.

Die Entwicklung in der Währungsfrage hat vor kurzem gezeigt, daß Europäer und Amerikaner zu einem konzertierten Vorgehen willens und auch fähig sind. Diesen Willen und diese Fähigkeit gilt es auch in den kommenden Handelsverhandlungen und bei der Arbeit an der Reform des Weltwährungssystems zu beweisen.

Ein Wort zum Atlantischen Bündnis: Die Sicherheit des einen hängt weiterhin ab von der Sicherheit des anderen. Lassen Sie mich hier noch einmal sichtbar machen, daß innerhalb des Atlantischen Bündnisses die Westeuropäer 90 Prozent der Land-, 80 Prozent der See- und 75 Prozent der Luftstreitkräfte in Europa stellen. Durch das Verteidigungsprogramm der EUROGROUP sind die europäischen Leistungen gewachsen und verbessert worden. Dies soll auch in Zukunft so sein.

Die Fortschritte hin zur Entspannung in den letzten Jahren haben es möglich gemacht, einen historischen Versuch zu unternehmen: Wir sind im Begriff festzustellen, ob man Sicherheit auch durch Reduktion von Truppen und Rüstungen aufrechterhalten kann; ob parallel dazu durch Kooperation und Ausbau der wirtschaftlichen Verbindungen das Interesse an der weiteren Festigung des Friedens gestärkt wird.

Es wird sich vermutlich in den nächsten zwei Jahren herausstellen, ob dieser historische Versuch Aussicht auf Erfolg hat. Er ist so wichtig für das weitere Schicksal der Welt, daß man sich vor jeder Blauäugigkeit und jeder Illusion über die Schwierigkeit dieses Weges hüten muss.

Weder der fromme Wunsch noch die Beschwörung des Friedens reichen hier aus, sondern es wird harter Arbeit und sorgfältiger Abwägung der Interessen bedürfen. In diesem Geist wird die Bundesregierung eine aktive Rolle spielen: sowohl auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit wie bei den Bemühungen um MBFR. Objektiv ist es an der Zeit, daß die größte Anhäufung von Rüstungen und Truppen, die es je in der Mitte Europas gegeben hat, auf beiden Seiten langsam reduziert wird.

Die Solidarität im Bündnis ist dafür notwendig. Die in diesem Rahmen stattfindenden Bemühungen setzen logisch fort, was die Politik meiner Regierung in den Verträgen mit der Sowjetunion, Polen und der DDR begonnen hat: Über die Verbesserung des Verhältnisses mit unseren Nachbarn hinaus wollen wir „den Weg zu einer sichereren und haltbaren Ordnung in Europa“ ebnen, wie es in einer Formulierung in dem jüngsten Bericht des amerikanischen Außenministeriums heißt.

In der Tat: Ohne unsere Politik der - jedenfalls partiellen - Verständigung mit dem Osten gäbe es nicht die Berlin-Regelung. Ohne diese Politik wären auch die in Helsinki begonnenen Vorbereitungsgespräche für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht möglich gewesen.

Für meine Regierung wird die überwiegend bilaterale Phase der Verhandlungen mit den Nachbarn im Osten bald weitgehend abgeschlossen sein. Wir befinden uns im Übergang zur multilateralen Phase der Ost-West-Gespräche.

Hier kann nicht die Politik eines Landes, sondern es muß die gemeinsame Politik die Haltung des Westens bestimmen. Es bedarf eines langen Atems. Und wir dürfen teuer erkaufte Erfahrungen nicht in den Wind schlagen.

Es ist an der Zeit, den intensiven Austausch von Erfahrungen, der nach dem Krieg vor allem für mein Land

so wichtig und prägend war, mit einer jüngeren Generation wieder zu beginnen und neu zu beleben. Hier ist von beiden Seiten manches Versäumnis nachzuholen. Die Verständigung zwischen den Völkern geschieht nicht in einem einmaligen Akt der Versöhnung, sondern sie ist ein Prozeß, der eine permanente Anstrengung verlangt. Ich denke hier nicht nur an Begegnungen der politischen und wirtschaftlichen „Routiniers“.

Ich habe - obwohl ich vielleicht zu den „Routiniers“ gezählt werde — bei diesem Aufenthalt ohne Zweifel wieder einiges gelernt, wie ich es immer zu tun versuche. Ich finde, wir haben die Tage produktiv genützt. Wir haben ernsthaft miteinander geredet und die gemeinsamen Aufgaben festgehalten. Deshalb kehre ich morgen ermutigt nach Deutschland zurück.